

# Das Anliegen der Frauen und die Kinder der anderen

Den Presseberichten über die Generalversammlung der „Fédération nationale des femmes du Luxembourg“ war zu entnehmen, dass die Präsidentin dieses Vereins, nämlich Astrid Lulling, für das individualisierte Sozialversicherungssystem plädiert. Das könnte eine gute Sache sein, vorausgesetzt der Staat, also unsere Solidaritätsgemeinschaft mit intergenerativer Umverteilung, sorgt für den Lohn- und Beitragsausfall der Familienmütter. Denn schließlich sind sie es, die nebst Lohnausfall unterbrochene Karrieren haben, was selbstverständlich zu Mindestrenten führt, auch bei Teilzeitarbeit. Das sind Fakten. Wäre es nicht an der Zeit, den Impakt der hochgepriesenen Individualisierung zu erforschen und sowohl auf die sozialen Veränderungen (mehr Junggesellen, mehr Scheidungen, weniger Kinder, mehr Einsamkeit), wie auf den Wandel der demografischen Lage aufmerksam zu machen? Wenn es um das Allgemeinwohl geht, sollte die Familie im Zentrum stehen, nicht das Individuum.

Eine Studie aus dem Jahr 2005, ausgeführt vom „Ceps Instead“ (Female labour inactivity), gibt uns Aufschluss über die Frauen mit schulpflichtigen Kindern – immerhin 42 Prozent –, die wegen

Familienverantwortung aus den Statistiken der formellen Arbeit ausgeschieden sind. Das sind Tatsachen, die jedem verantwortungsvollen Politiker bekannt sein müssten, auch Frau Lulling.

Es wird also noch lange dauern, bis diese Frauen ausgestorben sind, deshalb entspricht die Behauptung von Frau Lulling, dass die älteren lange verheirateten Frauen eher am Aussterben sind, nicht der Wirklichkeit, und kann als Beleidigung und Undankbarkeit empfunden werden. Spätestens im Alten- und Pflegeheim werden die Damen der FNFL feststellen müssen, dass unsere Gesellschaft nicht nur aus Junggesellen besteht und auch nicht bestehen kann. Wer sonst würde die Beiträge zur Pflegeversicherung zahlen?

Die Attacken auf die Witwenrenten sind nichts Neues, man könnte es auch Desinformation oder Neiddiskussion nennen, wie es in unserer Konsumgesellschaft üblich ist. Vergleichen wir doch Äpfel mit Äpfeln! Wenn es Witwenrenten gibt, die zu hoch sind, dann gibt es sicherlich auch Renten, die zu hoch sind, die der Politiker vorab. Wäre das nicht ein Thema? Es stimmt durchaus, dass die soziale Lage der Frauen, meistens Mütter, unsicher ist, übrigens ein

internationales Phänomen. Es steht fest, dass 45 Prozent der Frauenrenten (laut Comité du travail féminin), die von der Privatrentenkasse in Luxemburg ausbezahlt werden, zwischen 600 und 1400 Euro liegen. Vom öffentlichen Sektor liegen keine Zahlen vor.

Nicht jede Frau ist Mutter. Aber es sind die Mütter, die die Rentenlöcher hinnehmen müssen, bedingt durch ihre Familienauszeiten. Und was Erziehungsarbeit und Pflege innerhalb der Familie bedeuten, wissen nur die, die sie erbringen. Vater und Mutter sein, ist eine lebenslange Verpflichtung. Fragen Sie doch die Großeltern! Der wirtschaftliche Wert dieser Arbeit wird nicht vom PIB erfasst, obwohl es zahlreiche Studien über diese Leistungen gibt, nicht nur im Europaparlament. So konnte das Statistische Bundesamt in einer Zeitverwendungsstudie im Jahr 2002 festhalten, dass 58 Prozent der produktiven Arbeitsstunden für unbezahlte Arbeit stehen. Unser Wohlstand stammt also nicht nur aus der Arbeit der Werktätigen, sondern auch aus der unbezahlten Arbeit in den privaten Familienhaushalten. ([www.erziehungseinkommen.org](http://www.erziehungseinkommen.org)). Spätestens wenn alle Kinder und Jugendliche in Krippen und Ganztagschulen

einquartiert sind, und die Allgemeinheit die Kosten tragen muss, wird diese Leistung als Arbeit anerkannt werden. „Domestic work is labour work.“

Wenn die FNFL nun den Anspruch erhebt, die Anliegen der Luxemburger Frauen in anderen Gremien einzubringen, wäre es politisch korrekt, sich auf eine repräsentative Umfrage (wie z. B. vom Meinungsforschungsinstitut Ipsos) zu berufen. Das tut sie aber nicht. Die Mitglieder der FNFL können das nicht zur Genüge tun, so wie andere Frauenvereinigungen auch nicht, weil sie die dazu erforderlichen Kriterien nicht erfüllen, d. h. nicht repräsentativ sind.

Man sollte uns doch nichts vormachen! Es klingt sehr verlockend, aber durchaus scheinheilig, wenn man den verheirateten Frauen, also überwiegend Mütter, eine Individualisierung vorgaukelt, ihnen aber verschweigt, dass sie im Falle einer Individualisierung – und die kann morgen dekretiert werden – jedes Recht auf eine Witwenrente verlieren. Und welche Frauen und Männer wären bereit, darauf zu verzichten?

Soziale Gerechtigkeit erfordert Differenzierungen. So sollten bei der Berechnung von Renten zwei verschiedene Arten von Lebens-

leistungen berücksichtigt werden, wie es von einem eminenten Wissenschaftler (Herwig Birg) vorgeschlagen wird: *Die unbezahlten Arbeits- und Erziehungsleistungen der Eltern, meistens der Frauen, und die vom Markt entlohnten Arbeitsleistungen der Erwerbstätigen.* Auch Kurt Biedenkopf – in seinem Buch „Die Ausbeutung der Enkel“ – macht konkrete Vorschläge in diese Richtung. Andere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Doch die Lissabon-Strategie bleibt oberstes Gebot. Mehr Wachstum in Europa setzt aber auch mehr Menschen auf dem Arbeitsmarkt voraus. Allein die Logik müsste Politiker zum Umdenken bewegen.

Solange unser Rentensystem auf dem Generationenvertrag fundiert, und es die Kinder der anderen sind, die dieses System gewährleisten, werden wir nicht daran vorbeikommen, eine adäquate sozialgerechte Familienpolitik zu gestalten. Es ist die jetzige intergenerative Umverteilung in unserem Versicherungssystem, die es Kinderlosen generell ermöglicht, auf der Sonnenseite des Systems zu leben, auf Kosten von Kindern, für die sie selbst nicht gesorgt haben.

Andrée Damgé-Feyder  
Bereldange